

Wer darf das rote „S“ tragen?

Zum Streit um den Namensschutz bei Sparkassen

Muss wo Sparkasse drauf steht, auch Sparkasse drin sein? Monatelang stritten Bundesregierung und Europäische Kommission im letzten Jahr über den gesetzlich verankerten Namensschutz für Sparkassen. Im Kern ging es um Folgendes: Dürfen auch Privatbanken oder Finanzinvestoren Sparkassen kaufen? Und wenn ja: Dürfen sie den Namen Sparkasse weiter führen? Im Dezember 2007 einigten sich Bundesregierung und EU-Kommission zwar auf einen Kompromiss – allerdings bleiben dabei entscheidende Fragen offen.

Die EU-Kommission nahm im letzten Sommer ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland zur Änderung von Artikel 40 Kreditwesengesetz (KWG) wieder auf. Der besagt: Der Name „Sparkasse“ darf nur von öffentlich-rechtlichen Instituten oder Unternehmen geführt werden darf, die regional begrenzt tätig und dem Gemeinwohl verpflichtet sind. Die federführende Generaldirektion Binnenmarkt sieht darin einen Verstoß gegen die Vorschriften des EG-Vertrages über die Niederlassungsfreiheit (Art. 43 EGV) und den freien Kapitalverkehr (Art. 56). Begründung: Private Investoren könnten nicht vom Geschäftswert des Namens profitieren und damit faktisch keine Sparkassen erwerben.

Zusätzliche Brisanz erhielt der Streit durch den von der EU-Kommission angeordneten Verkauf der Berliner Sparkasse bis spätestens 2007. Nur mit dieser Auflage genehmigte Brüssel 2004 eine Umstrukturierungsbeihilfe zugunsten der maroden Bankgesellschaft Berlin. Das Land Berlin hat daraufhin sein Sparkassengesetz geändert und den Einstieg privater Investoren ermöglicht – was wiederum mit den genannten Bestimmungen des deutschen Kreditwesengesetzes kollidiert.

Fragwürdiger Kompromiss

Unter dem Druck der bevorstehenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft einigten sich Bundesregierung und EU-Kommission im letzten Dezember auf einen Kompromiss, der eine Insellösung für Berlin vorsieht. Danach darf ein möglicher privater Käufer den Namen „Berliner Sparkasse“ weiterverwenden, während grundsätzlich am Bezeichnungsschutz aus Artikel 40 KWG festgehalten wird. Die Einigung zwischen Berlin und Brüssel ist allerdings höchst fragwürdig, steht sie doch europarechtlich auf wackeligen Beinen. Außerdem wird der eigentliche Konflikt nicht gelöst, sondern lediglich auf die lange Bank geschoben. Bereits beim nächsten Verkauf einer Sparkasse könnte der Streit wieder auf die Brüsseler Agenda kommen.

Gemeinwohlverpflichtung versus Gewinninteresse

Grund zur Sorge gibt die Argumentation der EU-Kommission in der Auseinandersetzung. Sie behauptet der Grundversorgungsauftrag einer Sparkasse könne unabhängig von der Rechtsform erbracht werden. Vor allem aber ignoriert sie den unvermeidlichen Zielkonflikt zwischen den Gemeinwohlverpflichtungen öffentlich-rechtlicher Sparkassen und den Gewinninteressen privater Unternehmen völlig und stellt das Regionalprinzip in Frage.

Subsidiaritätsprinzip respektieren

Zwar gesteht inzwischen selbst Binnenmarktkommissar McCreevy ein (dies war nicht immer so!), dass gemäß Artikel 295 EG-Vertrag die Eigentumsordnung in den Mitgliedsstaaten unberührt bleibt: Deutschland könne also vollkommen frei über Privatisierung oder Nichtprivatisierung von Sparkassen entscheiden. Sobald aber eine

Sparkasse privatisiert werde, müsse dies „im Einklang mit EU-Recht“ geschehen und der Einstieg auch Privatbanken oder Finanzinvestoren offen stehen.

Die Folgen sind klar: Sobald man sich aus dem Schutz von Artikel 295 hervorwagt, könnten die Sparkassengesetze kippen. Wenn also – wie verschiedentlich angedacht (z.B. in Hessen) – manche Volksbanken und Sparkassen regional fusionieren würden, könnte das ein Einfallstor für die Kommission bilden und das Ende der Sparkassen in ihrer bewährten Form einläuten. Das Gleiche gilt für Fusionen zwischen verschiedenen regionalen Sparkassen zu „Großsparkassen“. Kritisch sind deshalb auch die Bestrebungen einzelner Landesregierungen zu sehen (z.B. NRW), in den jeweiligen Landessparkassengesetzen die Vorgaben der gemeinnützigen Gewinnverwendung aufzuheben und Stammkapitaloptionen zu schaffen.

Sparkassen erhalten

Aus grüner Sicht muss das bewährte dreigliedrige deutsche Bankensystem mit seinen leistungsstarken Sparkassen erhalten bleiben. Sparkassen übernehmen nicht nur wirt-

schaftliche, sondern auch gesellschaftliche Verantwortung, da sie gesetzlich auf eine gemeinwohlorientierte Ausrichtung in Geschäftspolitik und Gewinnverwendung verpflichtet sind. Ebenso klar ist jedoch, dass eine zukunftsfähige Sparkassenstruktur eine hohe Transparenz und einen den jeweiligen Kontrollbedürfnissen angemessenen Grenznutzen gewährleisten muss.

Sparkassen garantieren einen flächendeckenden Zugang zu Finanzdienstleistungen – gerade in ländlichen und strukturschwachen Gebieten sowie für sozial schwächere Bevölkerungsgruppen. Und sie sind für die Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie Handwerker vor Ort unverzichtbar und damit eine Triebfeder regionaler Wirtschaftsentwicklung.

Außerdem verbinden die Verbraucherinnen und Verbraucher mit dem Begriff „Sparkasse“ nicht ein beliebiges Finanzinstitut, sondern Banken mit einem klaren öffentlichen Auftrag und regionaler Verankerung. Diesen Aspekt hat die EU-Kommission aber in der Vergangenheit vollkommen ausgeblendet. Deshalb muss an der Pflicht zur Gemeinwohlorientierung und dem Regionalprinzip gemäß Artikel 40 KWG festgehalten werden.

Weitere Informationen zu diesem und anderen europapolitischen Themen finden Sie unter www.heide-ruehle.de

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an das Büro von Heide Rühle:

Büro Brüssel

Europäisches Parlament
Büro ASP 08G163
Rue Wiertz
B-1047 Brüssel

Tel.: +32-(0)2-284 76 09
Fax: +32-(0)2-284 96 09
E-Mail: hruehle@europarl.eu.int

Grünes Europabüro Baden-Württemberg

Forststraße 93
70176 Stuttgart

Tel: 0711-993 59 20
Fax: 0711-993 59 99
E-Mail: tilo.berner@gruene-bw.de

Stand dieses Papiers: Dezember 2006